

Anfrage über die Vernehmlassung zu den Änderungen des Polizeikonkordates Zentralschweiz

eröffnet am 28. April 2008

Anlässlich einer Medienkonferenz vom 22. Juni 2006 orientierten die Zentralschweizer Polizeidirektorinnen und -direktoren über das Projekt «Polizei XXI». Die Ziele des Projektes sind die Überprüfung der täglichen Polizeiarbeit, die Steigerung der Effizienz und Qualität der kantonalen Polizeikorps sowie der Gewinn von Synergien durch neue Zusammenarbeitsformen. Die Hauptbotschaft lautete: «Das föderalistische Polizeiwesen wird durch eine vertiefte interkantonale Zusammenarbeit zeitgemäss gestaltet.» In einem ersten Schritt wurden der Öffentlichkeit folgende Aufgaben- und Zusammenarbeitsfelder vorgestellt:

- Schwerverkehr (mit einem Zentrum in Erstfeld),
- Logistik (gemeinsame Ausrüstung und Uniformen),
- Polizeihunde,
- Gewässer (Einsatzplanung und -koordination in einem einzigen Zentrum),
- Intervention (Bildung einer Interventionseinheit «Luchs» für die ganze Zentralschweiz),
- Ordnungsdienst (Bildung einer einzigen Ordnungsdiensteinheit),
- gemeinsame Einsatzleitzentrale.

In einem zweiten Schritt wurde der Entwurf des geänderten Polizeikonkordates Zentralschweiz in die Vernehmlassung gegeben. Die Kantonsregierungen hatten von Juni bis Dezember 2006 Zeit, in ihrem jeweiligen Kanton eine breit abgestützte Untervernehmlassung durchzuführen. Wir stellen fest, dass im Kanton Luzern keine solche Vernehmlassung erfolgte. Wir kritisieren, dass die Luzerner Regierung darauf verzichtet, wichtige Fragen der polizeilichen Zusammenarbeit in der Zentralschweiz auch politisch diskutieren zu lassen.

Dies gibt uns Anlass zu folgenden Fragen:

1. Wie lautet die Vernehmlassungsantwort der Luzerner Regierung zu den geplanten Änderungen im Polizeikonkordat?
2. Wie stellt sich der Regierungsrat konkret zu den sieben genannten Projektbereichen?

3. Wieso wurde auf eine Vernehmlassung bei den üblichen Vernehmlassungsteilnehmern verzichtet, bzw. wer wurde zur Vernehmlassung eingeladen und wer nicht?
4. Warum wurde die Öffentlichkeit über die Stellungnahme der Luzerner Regierung nicht orientiert?

Schönberger-Schleicher Esther
Bühler Adrian